

Auf den Anfang kommt es an:

Geburtshilfliche Versorgung und die Sicherstellung mit Hebammenhilfe - ein drängendes Thema für die nächste Legislaturperiode

Gemeinsames Statement von

Hebammen für Deutschland e.V. (HfD)
Deutscher Hebammenverband (DHV)
Bund freiberuflicher Hebammen Deutschlands e.V. (BfHD)
Netzwerk der Geburtshäuser e.V.

Ergebnis des Gesprächs bei der Bundeskanzlerin am 3. Juli 2012 im Rahmen des Bürgerdialogs war die Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe (AG) zur „Versorgung mit Hebammenhilfe“ unter Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit. Nach intensiven Diskussionen in mehrfachen Sitzungen, in denen Probleme und Handlungsbedarf deutlich benannt wurden, hat diese ihre Arbeit zunächst abgeschlossen; der Abschlussbericht steht noch aus und die Hebammenverbände schauen mit großer Erwartung auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen und die Bemühungen einer zukünftigen Regierung, aus den nun vorliegenden Erkenntnissen jetzt auch Taten folgen zu lassen.

1. Dazu stehen an dringlichster Stelle politische und gesetzgeberische Maßnahmen zur **Lösung der Haftpflichtproblematik**, da die bisherigen Versicherungsverträge der Hebammen bereits auslaufen, die Prämienaufwärtsspirale kein Ende nimmt und ein ausreichender Versicherungsmarkt auch gar nicht mehr zur Verfügung steht. Trotz nach wie vor korrekter Versicherungsabschlüsse sind die Hebammen grundsätzlich unterversichert und tragen so auch neben der bereits bewiesenen Problematik der Altersarmut in dieser Berufsgruppe, zusätzlich das Risiko der Nachhaftung, wenn aufgrund steigender Schadenssummen die von den Haftpflichtversicherungen übernommenen Deckungssummen nicht mehr ausreichen.

Um amerikanische Verhältnisse zu vermeiden, die die Gesundheit von Müttern und Kindern gefährden, bieten sich verschiedene Maßnahmen an, die auch im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe angesprochen und diskutiert wurden:

- Einführung einer Haftungsobergrenze
- Die Einrichtung eines Fonds, der besondere Haftungssituationen abdeckt (z.B. Haftung über die maximale Deckungssumme hinaus, Nachhaftung)
- Einschränkung der Regressmöglichkeit der Sozialversicherungsträger
- Kontrahierungszwang für Versicherungsgesellschaften
- Verkürzung der Haftungsdauer von derzeit 30 auf 10 Jahre.

Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf bei Politik und Gesetzgeber.

2. Auch in Bezug auf die **Entwicklungen in der Geburtshilfe und die Qualität der geburtshilflichen Versorgung** gibt es dringenden politischen Handlungsbedarf:

Eine immer stärker risikoorientierte Schwangerenvorsorge und interventionsreiche Geburtsmedizin gehen u.a. auch mit einer immer höheren Kaiserschnitttrate einher, die inzwischen in Deutschland rund 32 % (!) beträgt – mit den sich daraus ergebenden Risiken für Mutter und Kind und den nicht zuletzt auch immensen Kosten im Gesundheitssystem. In Großbritannien erzielten entsprechende nationale Programme zur Senkung der Kaiserschnitttrate unter Einbeziehung der Hebammen als die „Erstversorgerinnen für gesunde Mütter und Kinder“ große Erfolge.

Um auch in Deutschland die Gesundheit und Unversehrtheit von Mutter und Kind zu schützen und unnötige Kosten zu senken, bedarf es umfassender Maßnahmen und eines Runden Tisches aller Akteure unter Federführung der Politik zur Förderung der physiologischen / normalen Geburt. Hohe Priorität sollte die Entwicklung einer S3-Leitlinie haben. Die Hebammen nehmen dabei ebenfalls eine Schlüsselrolle ein, denn sie sind die Garanten für eine so weit wie möglich an den natürlichen Ressourcen der Frauen und Mütter orientierte Schwangerschaft, Geburt und Stillzeit.

Entsprechende Programme werden nur durch frühzeitige Aufklärung der Gesellschaft über die Vorteile einer natürlichen Geburt, frühzeitige Hebammenbetreuung in der Schwangerschaft und individuelle Betreuung während der Geburt und Stillzeit Erfolg bringend sein. Dazu braucht es nicht zuletzt eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe, die in Deutschland bei einer insgesamt mangelnden Datenlage und großen wirtschaftlichen Problemen der Hebammen zurzeit nicht gewährleistet ist.

Köln, den 20. Oktober 2013,

Nitya Runte,
Vorsitzende von Hebammen für Deutschland e.V.,
Antragstellerin im Bürgerdialog der Bundeskanzlerin zum Thema "Versorgung mit Hebammenhilfe"

Katharina Jeschke,
Präsidiumsmitglied des Deutschen Hebammenverbandes

Ruth Pinno,
Vorsitzende des Bundes freiberuflicher Hebammen Deutschlands e.V.

Myriam Mattingly-Krewer,
Vorsitzende Netzwerk der Geburtshäuser